



Prekäre Arbeit: Studentische Beschäftigte brauchen Tarifvertrag

Die Inflation hat in den letzten Wochen etwas an Fahrt verloren. Sinkende Energiekosten, mehrere Entlastungsmaßnahmen und Tarifabschlüsse haben dafür gesorgt, dass es zumindest in Teilbereichen zu einer finanziellen Atempause gekommen ist. Für allgemeine Entspannung ist es aber noch zu früh. Das gilt insbesondere auch für einen Personengruppe, die öffentlich weitgehend unter dem Radar läuft: Studierende. Obwohl schon vor Monaten zugesagt, hat die Bundesregierung ihnen immer noch nicht die Energiepreispauschale in Höhe von 200 Euro überwiesen. Daran lässt sich inzwischen gar nichts mehr schönreden!

Studie über studentische Beschäftigte

Studierende sind in der Regel chronisch klamm und müssen sich oft etwas hinzuverdienen. Hunderttausende von ihnen gehen dabei einer Tätigkeit in ihrem Umfeld nach – an den Hochschulen. Und genau hier steht es mit den Arbeitsbedingungen nicht zum Besten. Ganz aktuell ist auf Initiative von GEW und ver.di eine Befragung von 11.000 studentischen Beschäftigten erschienen, die ein alarmierendes Licht auf die Zustände wirft ([hier](#)). Extrem prekär lautet die Kurzbeschreibung.

Dumpinglöhne statt Tarifvertrag

Obwohl der Wissenschaftsbetrieb auf die Arbeit von Studierenden angewiesen ist, fallen sie – mit Ausnahme von Berlin – nicht in den Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder. Als Folge sind die studentischen Jobs von Niedriglöhnen geprägt. In Niedersachsen erhalten die Befragten bei einer vertraglich vereinbarten Arbeitszeit von etwa dreißig Stunden nur 346 Euro monatlich, wobei sich häufig unbezahlte Überstunden dazugesellen. Bundesweit gaben 16,7 Prozent sogar an, im Durchschnitt 4,9 Wochen vor oder nach Vertragsbeginn ohne Bezahlung zu arbeiten.

Hohe Armutsgefährdung bei Studierenden

Da der Lohn für die Studierenden – noch vor Geldbeträgen von Eltern und BAföG – mit Abstand die zentrale Erwerbsquelle ist, ist die soziale Situation äußerst angespannt. 2021 hatten niedersächsische Studierende, die an Hochschulen tätig waren,

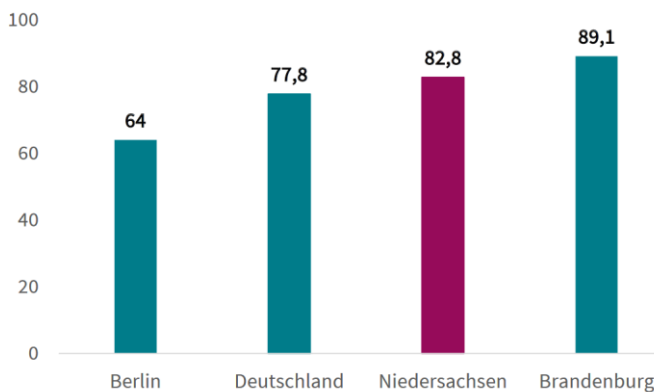
durchschnittlich nur 948 Euro im Monat zur Verfügung, womit sie deutlich unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 1.251 Euro lagen. Insgesamt galten unglaubliche 82,8 Prozent von ihnen als armutsgefährdet (siehe Grafik). In einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten durch die Decke gehen, sind für studentische Beschäftigte finanzielle Probleme traurige Alltagsrealität.

Kettenverträge und fehlender Urlaub

Aber damit nicht genug: Die Arbeitsverhältnisse sind durch ständige Kettenverträge geprägt, es fehlen teilweise schriftliche Arbeitsverträge und bei

Armutsgefährdung von studentischen Beschäftigten

– Angaben in Prozent / ohne studentische Angestellte / Stand: 2021 –



Quelle: Institut für Arbeit und Wirtschaft 2023; eigene Darstellung

948 €

Davon müssen studentische Beschäftigte in Niedersachsen im Durchschnitt monatlich leben

vielen Befragten kommt es zum Verfall von Urlaubstagen. Grundsätzlich fühlt sich eine Mehrheit nicht genug über die eigenen Rechte informiert.

Ein Tarifvertrag für Studierende muss her

Diese gravierenden Mängel sind nicht länger hinnehmbar. Der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion! Die studentischen Beschäftigten, die sich mittlerweile im Netzwerk TVStud organisiert haben, brauchen einen Tarifvertrag, der ihnen faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit garantiert. Die niedersächsische Landesregierung bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zu diesem Ziel. Nun steht die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der Verantwortung, schnell handfeste Ergebnisse zu liefern. Gute Arbeit muss auch für Studierende selbstverständlich gelten.

